

Inhaltsverzeichnis

Antrag		Seite
A210201	FDP fordert „Erasmus für Azubis“ – Auszubildenden eine Europaperspektive geben LFA 1 Europa und Internationale Politik	1
A210202	Gemeinsame Grundsätze für eine starke Zukunft Landesvorstand FDP Hamburg	3
A210203	Hamburg braucht bezahlbare Wohnungen Landesvorstand FDP Hamburg, Frank Heuck	5
A210204	Mehr Menschen, mehr Verkehr – Metropol-Region Hamburg besser vernetzen Landesvorstand FDP Hamburg, Hans-Christian von Arnim, Monika Grodt-Kuhn, Marcell Boltz, Benjamin Schwanke, Stephan Meyns, Volker Peters, Viktoria Ehlers, Marcel Franz, Lars Jessen, Wolf Achim Wiegand, Thomas Behrendt, Theresa Bardenhewer	8
A210205	Housing first, Auflagen second: unfreiwillige Obdachlosigkeit beenden! Junge Liberale Hamburg	13
A210206	Starke Kinder, starke Schulen – auch in Zeiten der Pandemie! Matthias Still, James Robert Blum, Peter Hawranke, Svenja Radloff, Ursula Cremerius, Marco Münch	17
A210207	Präsenzmitgliederversammlung als Leitbild Edith Lüthje, Dr. Bernd Lüthje	19
A210208	KI-Wettbewerbe als Standortfaktoren in der Digitalisierungsoffensive nutzen: Von BundesChallenges bis BundesNet Rüdiger Schmitz, Reinhard Moratz und der Vorstand des LFA 3, Andreas Moring, Ron Schumacher, Michael Kruse	20

114. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. A210201

Antragsteller:

LFA 1 Europa und Internationale Politik

FDP fordert „Erasmus für Azubis“ – Auszubildenden eine Europaperspektive geben

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Der Binnenmarkt ist ein zentraler Anker der Europäischen Union (EU). Grenzenlo-
2 ser Handel schafft unkomplizierten Austausch von Waren und Personen. Im Be-
3 reich der Bildung erfüllt die ERASMUS-Förderung eine ähnliche Funktion. Dieses
4 Bildungsprogramm für lebenslanges Lernen besteht seit gut 35 Jahren. Es fördert
5 die Mobilität von Studierenden, jungen Erwachsenen, Dozenten und ausländi-
6 schem Unternehmenspersonal. Das Gesamtbudget für die EU-Haushaltsperiode
7 2021 bis 2027 beträgt ca. 26 Milliarden Euro.

8
9 Erasmus gilt heute als eine der großen EU-Errungenschaften. Schon deutlich über
10 drei Millionen Studierende haben es in Anspruch genommen. „Kein anderes För-
11 derprogramm ermögliche so vielen jungen Menschen europäische Auslandserfah-
12 rungen im Rahmen von Studienaufenthalten, Ausbildungsabschnitten und Prakti-
13 ka,“ stellt die FDP-Bundestagsfraktion fest¹.

14
15 Zwar sollen auch Auszubildende gefördert werden. Aber in der Realität wirkt
16 Erasmus fast ausschließlich für Akademiker. Deshalb schlägt die FDP vor, das
17 Programm um die Komponente „Erasmus+ für Auszubildende“ weiterzuentwi-
18 ckeln. Die Inanspruchnahme soll unabhängig von der finanziellen Lage der Per-
19 son oder Erziehungsberechtigten bestehen.

20
21 Die FDP schlägt vor, der Europäische Rat möge auf EU-Ebene eine zentrale An-
22 laufstelle schaffen, die Aufenthalte von Auszubildenden in Ländern des Staaten-
23 verbundes vermittelt, organisiert und begleitet. Diese zentrale Stelle könnte mit
24 den nationalen bzw. regionalen Industrie- und Handels- sowie Handwerkskam-
25 mern oder ähnlichen Institutionen sowie Berufsverbänden verbunden sein, mit
26 diesen in engem Austausch stehen und mit ihnen zusammenarbeiten. Hilfreich
27 wäre eine europaweite „Erasmus+-Tauschbörse für Azubis“.

¹ <https://www.bundestag.de/presse/hib/685396-685396>

28

29 Dass Berufsausbildung national unterschiedlich geregelt ist, darf kein Hinde-
30 rungsgrund bei der Definition von Leistungen und Anspruchsberechtigten sein.

31

32 Ziel der Maßnahmen soll die Förderung von Verständigung zwischen Europäern,
33 das Kennenlernen anderer Menschen und fremder Kulturen, aber auch der Er-
34 werb von Sprachfertigkeiten im Gastland sein, damit sich nicht nur Europäer mit
35 akademischem Bildungsgrad besser austauschen können.

36

37 Generell muss ein Auslandsaufenthalt kostenfrei gewährt werden, etwa dadurch,
38 dass europäische Betriebe ihre Azubis untereinander austauschen. Bei längeren
39 Auslandsaufenthalten, etwa von sechs bis zwölf Monaten, könnte die Chance ge-
40 schaffen werden, Leistungsnachweise zu erbringen, die auf die Berufsausbildung
41 angerechnet werden.

42

43 Denkbar sind zudem eine Art Azubi Summer University oder Summer Apprentice-
44 ships. Dabei könnten größere Gruppen von Azubis verschiedener Länder für ei-
45 nen begrenzten Zeitraum zu Besuch kommen, in Betrieben mitarbeiten und an ei-
46 nem Programm zum Kennenlernen der Arbeit, der Kultur und der Menschen im
47 Gastland teilnehmen. Dafür könnten Betriebe als Sponsoren gewonnen werden.

48

49 In Anlehnung an das FDP-Wahlprogramm 2021, das u.a. ein Erasmus für Schüle-
50 rinnen und Schüler, für Lehrkräfte sowie für Soldatinnen und Soldaten vorschlägt,
51 sollte wenigstens jeder fünfte Auszubildende (Azubi) aus Deutschland im Rahmen
52 seiner beruflichen Entwicklung einen Auslandsaufenthalt absolvieren können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

114. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. A210202

Antragsteller:

Landesvorstand FDP Hamburg

Gemeinsame Grundsätze für eine starke Zukunft

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten in Hamburg erarbeiten ein neues, eigenes Grundsatzpro-
- 2 gramm für uns als starke liberale politische Kraft in der Hansestadt.
- 3 Der Landesvorstand wird mit der Umsetzung der Koordination und Steuerung der
- 4 Erarbeitung der neuen Grundsätze beauftragt.
- 5 Das Grundsatzprogramm soll auf den Leitlinien der FDP Bundespartei beruhen
- 6 und die speziellen Herausforderungen und Potenziale der Politik in Hamburg auf-
- 7 nehmen und widerspiegeln. Auch der Prozess der Erarbeitung der Hamburger
- 8 Grundsätze soll sich am Vorbild der Bundespartei orientieren.
- 9 Das Grundsatzprogramm der Hamburger FDP soll die wichtigsten politischen Zie-
- 10 le der Freien Demokraten für die kommenden Jahre der Entwicklung der Hanse-
- 11 stadt und liberaler Politik beschreiben und belegen.

Begründung:

Die Freien Demokraten in Hamburg sind in eine neue Phase eingetreten. Deswegen ist eine Standortbestimmung und gemeinsame Selbstvergewisserung angebracht und notwendig.

Nach rund einem Jahrzehnt als parlamentarische Kraft in der Hamburgischen Bürgerschaft, sind die Freien Demokraten nicht mehr als Fraktion, sondern nur noch mit einer Abgeordneten im Parlament der Freien und Hansestadt vertreten. Diese Form der Oppositionsarbeit stellt andere und neue Anforderungen an die Partei, als sie in den vergangenen Jahren typisch und gewohnt waren. Die Freien Demokraten müssen darum umso klarer und erkennbarer beschreiben und kommunizieren, wer sie sind und was sie wollen.

Die Partei hat in Hamburg in den letzten Monaten eine Vielzahl neuer Mitglieder gewonnen, die aus den verschiedensten Bereichen und Gruppen der Hamburger Gesellschaft stammen. Damit kommen neue Motivation und neue Ideen in unsere Partei, die es nutzen gilt. Auch im Landesvorstand haben zum allergrößten Teil Mitglieder Verantwortung übernommen, die dem Vorstand bisher nicht angehört haben.

Unsere neuen Mitglieder ebenso wie die langjährigen Mitglieder sind das größte Potenzial an Erfahrung, Wissen und Engagement der Partei. Deswegen wollen wir alle aufrufen und einbinden, sich an der Erarbeitung und Formulierung des neuen Grundsatzprogramms der Hamburger Freien Demokraten zu beteiligen und sich und ihre Ideen, Vorstellungen und Ziele einzubringen und den Weg der Partei mitzubestimmen. Dazu soll ein Prozess aufgesetzt und umgesetzt werden, der sich an der Erstellung der Leitlinien der FDP Bundespartei orientiert und im direkten Dialog wie über digitale Tools und Plattformen die Mitglieder einbezieht und beteiligt.

Das Ziel der Hamburger Freien Demokraten ist der Einzug in die Hamburgische Bürgerschaft. Bevor wir andere überzeugen können, müssen wir von uns selbst überzeugt sein. Das Grundsatzprogramm der Hamburger FDP soll genau dazu dienen und den Grundstein für eine erfolgreiche und überzeugende politische und programmatische Aufstellung der Freien Demokraten für die kommenden Jahre legen.

114. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. A210203

Antragsteller:

Landesvorstand FDP Hamburg, Frank Heuck

Hamburg braucht bezahlbare Wohnungen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Auch in Hamburg ist bezahlbarer Wohnraum absolute Mangelware. Die Stadt hat
2 in der Vergangenheit durchaus einige gute Instrumente entwickelt. Rekordpreise
3 für Wohneigentum und erhebliche Mietsteigerungen zeigen jedoch, dass der Se-
4 nat die Situation nicht länger beherrscht.

5 Auf dem Wohnungsmarkt herrscht Mangelverwaltung und dem Wohnungsbaupro-
6 gramm der Stadt geht die Puste aus!

7 Deswegen sind dringend weitere Anstrengungen notwendig.

8

9 Der Hamburger Senat wird aufgefordert, jetzt dringend neue Wege zu gehen und
10 umgehend:

11

12 - Die Potenziale von Dachausbauten, Aufstockungen und Überbauungen im Be-
13 stand auszuschöpfen. Dafür braucht es vereinfachte Genehmigungsverfahren.

14

15 - Freiräume zu schaffen, um bezahlbaren Wohnraum und ökologische Ziele in
16 Einklang zu bringen, etwa durch die Erhöhung zulässiger Überschreitungen
17 von Grundflächenzahlen (GRZ) bei Wärmedämmung im Bestand und bei Neu-
18 bauten.

19

20 - Die Bezirke durch die Bereitstellung von Personal und sonstigen Ressourcen
21 in die Lage zu versetzen, die zahlreichen veralteten Bebauungspläne zu
22 überarbeiten. Sie entsprechen nicht mehr den Anforderungen an moderne
23 Stadtentwicklung und verhindern bedarfsgerechte Genehmigungen.

24

25 - Im Bund darauf hinzuwirken, das Baulandmobilisierungsgesetz zu überarbei-
26 ten, damit es seinen Zweck erfüllt, Bauland zu aktivieren und Wohnungsbau zu
27 erleichtern.

28

- 29 - Ausreichend personelle und digitale Kapazitäten in den entsprechenden Bau-
30 prüfabteilungen der Bezirksämter zu schaffen, um städtebauliche Ziele besser
31 umsetzen zu können.
32
- 33 - Konzepte zu entwickeln, um Anreize zum Wohnungswechsel zu setzen.
34 Durch mehr vertragliche Flexibilität kann auf den spezifischen Wohnraumbefordern
35 darf in der jeweiligen Lebenssituation eingegangen werden. Moderne Wohn-
36 konzepte können hier Spielräume schaffen.
37
- 38 - Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ergebnisorientiert zu führen und mit einem Zeitplan zu hinterlegen um Potentialflächen in deren Besitz, wie z.B. ungenutzte Kasernen oder andere Liegenschaften der Bundeswehr, die für den Wohnungsbau in Frage kommen zu ermitteln.

Begründung:

Wie auch andere attraktive Großstädte hat die Freie und Hansestadt Hamburg mit einem angespannten Wohnungsmarkt zu kämpfen.

Die Stadt hat zunächst durchaus gute Instrumente entwickelt:

Das „Bündnis für das Wohnen“, der Kooperationsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Wohnungswirtschaft, sowie der „Vertrag für Hamburg“, der die Zusammenarbeit zwischen dem Senat und den sieben Bezirken regelt, haben dazu geführt, dass sich Hamburgs Wohnungsbaubilanz über einen längeren Zeitraum positiv von anderen Großstädten absetzte.

Wie jedoch aus dem 78. Bericht der Wohnungsbaukoordinatorin zu entnehmen ist, reichen die Anstrengungen zur Bereitstellung von ausreichend Wohnungen und beherrschbaren Mieten nicht länger aus!

Im ersten Halbjahr 2021 lag die Anzahl der genehmigten Wohneinheiten ca. 1/5 unter den Zielvorgaben. Mit den aktuellen Instrumenten wird der Senat die Wohnungsbauziele, 10.000 Wohnungen im Jahr zu genehmigen, zukünftig verfehlen.

Beim Versuch einer Ursachenforschung rücken folgende Gründe in den Fokus:

- Die Potenzialflächen für den Wohnungsbau sind im Stadtstaat Hamburg endlich.
- Die Akzeptanz der Hamburgerinnen und Hamburger gegenüber Nachverdichtung und Wachstum durch Zuzug nimmt ab (Bürgerinnen und Bürger dürfen Wohnungsbau in ihrem Umfeld nicht mit einer Verschlechterung der eigenen Lebensqualität vor Ort gleichsetzen).

- Die mit dem Planrecht betrauten Hamburger Bezirksverwaltungen sind personell schlecht ausgestattet.
- Die Hamburger Bezirksverwaltungen sind nicht ausreichend digitalisiert, um ihren Aufgaben als Plangeber zügig nachkommen zu können.
- Umweltverbände spielen den Wohnungsbau und den Grün- und Naturschutz gegeneinander aus und agieren als Stimmungsmacher.

Wir Freien Demokraten halten regulative Instrumente wie den Mietendeckel oder Enteignungs-Fantasien von Wohnungsunternehmen, wie zuletzt in Berlin gefordert, für gänzlich ungeeignet und als Maßnahmen gegen Verknappung von Wohnraum für unwirksam.

Wir fordern stattdessen klare Zielsetzungen, gute Rahmenbedingungen und niedrige bürokratischen Hürden für die Bauwirtschaft um den Wohnungsbau zu vitalisieren.

114. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. A210204

Antragsteller:

Landesvorstand FDP Hamburg, Hans-Christian von Arnim, Monika Grodt-Kuhn, Marcel Bolz, Benjamin Schwanke, Stephan Meyns, Volker Peters, Viktoria Ehlers, Marcel Franz, Lars Jessen, Wolf Achim Wiegand, Thomas Behrendt

Mehr Menschen, mehr Verkehr – Metropol-Region Hamburg besser vernetzen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Hamburg dynamischer denken**

2 Die Verkehrssituation in Hamburg ist seit Jahren mehr als angespannt. Das ist ei-
3 ne Belastung für die Menschen in unserer Stadt und schadet dem Wirtschafts-
4 standort. Die Maßnahmen, die vom seit 2015 regieren Hamburger Senat umge-
5 setzt wurden, haben aber keine Verbesserungen erreicht, weder für den Verkehrs-
6 fluss noch für die Umwelt. Wir wollen die Innenstadt und die Subzentren von der
7 Überlastung durch unnötigen Verkehr befreien. Nach der Zielvorgabe des Senats
8 werden in Hamburg jedes Jahr 10.000 neue Wohnungen genehmigt. Und die
9 Menschen, die nach Hamburg zu ziehen, sind mobil und über 40% bringen ein ei-
10 genes Auto mit. Die vorhandene Infrastruktur ist damit völlig überlastet. Wie wir
11 den fließenden und stehenden Verkehr in Zukunft organisieren, wird entscheidend
12 für die Lebensqualität unserer Stadt und den Erfolg unserer Wirtschaft sein. Ver-
13 kehrspolitik denkt oft stark vom Verkehrsmittel her – Liberale Verkehrspolitik be-
14 deutet Mobilität vom einzelnen Menschen her zu denken.

15 **Alternativen zum Auto – keine ideologische Konkurrenz**

16 Es sollen weiterhin alle Verkehrsteilnehmer frei entscheiden können, welches
17 Verkehrsmittel für sie das Richtige ist. Viele Menschen sind, auch in urbanen La-
18 gen, auf Ihr Auto angewiesen. Bevor wir Parkplätze und Spuren rückbauen, müs-
19 sen erst belastbare Alternativen geschaffen werden. Gleich welches Verkehrsmit-
20 tel wir wählen, wir sind alle immer auch Fußgänger. Vor allem in einer älter wer-
21 denden Bevölkerung, müssen die Bedürfnisse und die Sicherheit der Fußgänger
22 eine hohe Priorität haben. Eine Verkehrswende muss, wenn sie gelingen soll, die
23 Verkehrsteilnehmer miteinander versöhnen, nicht sie gegeneinander ausspielen.

24 Zu diesem Zweck fordern wir:

- 25 • S-Bahn Ausbau vorantreiben – Tunnellösung der Verbindungsbahn
26 Die Hamburger Verbindungsbahn ist überlastet. Um einer dringend nötigen
27 Taktverdichtung, aber auch dem S-Bahn Ausbau gerecht zu werden, muss

28 die Verbindungsbahn erweitert werden. Dazu bleibt nur die Möglichkeit dies
29 Unterirdisch zu tun. Die Freie Demokraten fordern daher eine zügige Pla-
30 nung und Umsetzung eines mindestens zweigleisigen S-Bahn-Tunnels
31 zwischen dem Hauptbahnhof und Altona. Weiterhin kann ein Aus- und Um-
32 bau des Bahnhof Sternschanze geprüft werden. Auch bestehen wir darauf,
33 dass die geplante S32 bis Schenefeld gebaut wird. Um den neuen Bahnhof
34 Diebsteich nicht sofort erweitern zu müssen schlagen wir zudem einen
35 zweiten S-Bahnsteig vor. Wir fordern den S-Bahn Ausbau südlich von
36 Hamburg, um die Pendlerstädte in das Schnellbahnnetz zu integrieren. Die
37 U4 muss bis Harburg verlängert werden.

38 • Querverbindungen im Schnellbahnnetz

39 Das Hamburger Schnellbahnnetz ist sehr zentralisiert. Daher sprechen sich
40 die Freien Demokraten für Querverbindungen im Hamburger Schnellbahn-
41 netz, die weder am Hauptbahnhof noch am Jungfernstieg halten, aus. Eine
42 davon sollte auch den neuen Bf. Altona, und somit den gesamten Bezirk Al-
43 tona in das U-Bahnnetz integrieren. Weiterhin sprechen sich die Liberalen
44 für den durchgehend zweigleisigen Ausbau der Güterumgehungsbahn aus,
45 um eine S-Bahnringlinie über die Verbindungsbahn einzurichten.

46 • Das Hamburger Radnetz neu erfinden

47 Wir Freie Demokraten fordern, dass Radverkehre von Autoverkehren und
48 Fußverkehren getrennt, geführt werden, nach Dänischem Vorbild. Wir
49 brauchen nicht nur ein Hamburger Radschnellnetz, sondern ein Hamburger
50 Radgesamtnetz, welches baulich und räumlich getrennt von anderen Ver-
51 kehrsträgern ist.

52 • Der Mensch im Mittelpunkt - Fußverkehr des 21. Jahrhunderts

53 Spazieren, Schlendern und Co. sind ebenso relevante Bewegungsmöglich-
54 keiten wie Schnellbahnen. Zu Fuß gehen wir zum kleinen Laden an der
55 Ecke oder zum Lieblingsitaliener. Der Fußweg bringt uns aber auch zur
56 Bahn oder zum Auto, das oft nicht vor dem eigenen Wohnhaus steht. Spa-
57 zieren und Joggen sind auch relevante Erholungsmöglichkeiten und gehö-
58 ren in eine zukunftsfähige Stadtplanung. Die Gehwege gehören den Men-
59 schen, die zu Fuß gehen. Die Liberalen stehen für gleiche Chancen für alle,
60 deshalb muss Barrierefreiheit bei allen Planungen mitgedacht werden.
61 Auch ausreichende Beleuchtung ist Bedingung für die Sicherheit im Fuß-
62 verkehr

63 • Personennahverkehr im Osten der Metropolregion ausbauen

64 Für den Hamburger Osten schlagen wir ein Modellprojekt zur Stärkung des
65 Personennahverkehrs vor. Dazu fordern wir technologieoffen ein Verbin-
66 dungsnetz zwischen Bergedorf, Ahrensburg, Schwarzenbek, Trittau,
67 Geesthacht und Hamburg, zusammen mit Schleswig-Holstein. Es sollen Di-
68 rektverbindungen im Hamburger Umland jenseits der S- und Regionalbah-
69 nen ermöglicht werden. Die U2 soll von Mümmelmannsberg über Lohbrüg-
70 ge bis zum Bahnhof Bergedorf fortgeführt werden.

71 **Platz der Stadt effizient nutzen – Verkehre intelligent planen und steuern**

72 Der zur Verfügung stehende Straßenraum wird für alle Verkehrsteilnehmer weni-
73 ger. Es braucht Lösungen, die mit kreativen und zukunftsweisenden Maßnahmen
74 diesen wenigen Platz in der Stadt für alle Verkehrsteilnehmer nutzbar machen.
75 Konflikte zwischen Verkehrsteilnehmern müssen vermieden werden und der Um-
76 stieg von einem auf ein anderes Verkehrsmittel soll Jedem möglich sein. Dazu
77 fordern die Freien Demokraten:

- 78 • **Straßenraum intelligent managen**

79 Ein intelligentes Straßenraummanagement, auch mit Hilfe von Künstlicher
80 Intelligenz, zum Beispiel bei Ampelschaltungen, sowie eine Verbesserung
81 der Baustellenkoordination ist dringend notwendig, um die Stadt nicht zu
82 lähmen.

- 83 • **Erst die Infrastruktur, dann der Wohnungsbau**

84 Um die ehrgeizigen Wohnungsbauvorgaben zu erreichen, hat der Senat bei
85 vielen Projekten die Verkehrszahlen fahrlässig niedrig angesetzt. Bis jetzt
86 hat jedes autoarm umgesetzte Wohnquartier in Hamburg, zu erhöhter Ver-
87 kehrsbelastung und erhöhtem Parkdruck in der Gesamtstadt geführt. Für
88 die Akzeptanz des dringend benötigten Wohnungsbaus ist eine realistische
89 und zügige Planung und Umsetzung der Verkehrserschließung von neuen
90 Projekten zwingend. Deshalb fordern wir Freie Demokraten eine andere
91 Reihenfolge in der Planung.

92 **Parksuchverkehre vermeiden - Stehende Verkehre im Öffentlichen Raum re-** 93 **duzieren**

94 Parkende Autos nehmen in der wachsenden Stadt, wo der Platz immer knapper
95 wird, viel Raum ein. Entgegen den Prognosen steigen die Zulassungszahlen in
96 Hamburg konstant und es ist immer weniger Parkraum vorhanden. Das führt zu
97 erheblichen Parksuchverkehr und stark überparkten Straßen und Flächen. Des-
98 halb benötigen wir ausreichend Stellplätze für Anwohner und Besucher sowie in-
99 telligente Parkleitsysteme. Im Neubau müssen ausreichend Stellplätze mitgeplant
100 werden, die auch Wirtschaftsverkehre, wie Dienstleister und Handwerker abbil-

101 den. Die derzeit im Neubau angestrebte Stellplatzquote von höchstens 0,4 pro
102 Wohneinheit ist fahrlässig niedrig. Für bestehende Quartiere braucht es innovative
103 Modelle zur Schaffung neuen Parkraums z.B. in Form von Mobility
104 Hubs/Quartiersgaragen an zentralen Knotenpunkten sowie Einkaufs- und Büroge-
105 genden, um den Parkdruck zu senken und sichere Stellplätze, auch für Fahrräder
106 zur Verfügung zu stellen. Ergänzend dazu fordern wir, dass im Hamburger Um-
107 land an allen Regionalbahnhaltungen und mindestens 50% der S-Bahn Haltestellen
108 kostenlose, an ÖPNV-Zeitkarten gebundene, P+R Plätze zur Verfügung stehen.

109 **Infrastruktur stärken, für einen zukunftsfähigen Hamburger Wirtschafts- und** 110 **Lebensraum**

111 Hamburg als Stadtstaat ist darauf angewiesen, dass auch im Umland eine leis-
112 tungsfähige Infrastruktur existiert, denn Stadt und Land profitieren gleichermaßen
113 von einer guten Integration. Dies gilt gleichermaßen für Güterverkehre in und aus
114 dem Hamburger Hafen, wie für Personenverkehre nach, von und durch Hamburg.
115 Denken wir nicht nur bis zur Stadtgrenze!

116 **Hinterlandanbindung des Hamburger Hafens retten!**

117 Die Leistungsfähigkeit des Hamburger Hafens ist in Gefahr. Die seit Jahren über-
118 lastete Schienenverbindung zwischen Hamburg und Hannover ist schon jetzt ein
119 Hindernis für den Transport von Waren und Gütern aus dem Hamburger Hafen ins
120 Herzen Europas. Diese Überlastung nimmt auf absehbare Zeit jedoch kein Ende
121 und wird durch die Fehmarnbelt-Querung und damit verbundene Verkehre aus
122 Skandinavien noch verstärkt. Daher fordern die Freien Demokraten:

- 123 • Eine Neubaustrecke Hamburg-Hannover mit Abzweig nach Bremen
124 Diese Strecke soll für den Hochgeschwindigkeitsverkehr zwischen Ham-
125 burg-Hannover und dem Süden Deutschlands und Europas ebenso geeig-
126 net sein wie für schnelle Güterzüge. Entlang der Bundesautobahn 7 nutzt
127 diese Neubaustrecke vorhandene Korridore. Wir fordern eine Höchstge-
128 schwindigkeit von mindestens 330 km/h und ausreichend Überholbahnhöfe
129 für Güterverkehre und einen Super-RE nach Vorbild München-Nürnberg-
130 Express. Ab dem Einfädeln des Anschlusses nach Bremen verläuft die
131 Strecke vorzugsweise viergleisig bis Hannover.
- 132 • Bestandsstreckenausbau zwischen Hamburg – Uelzen – Bremen - Hanno-
133 ver
134 Auch muss die Bestandsstrecke effizienter und leistungsfähiger gestaltet
135 werden. Digitalisierung der Strecke und weiterer Ausbau für Güter-, Perso-
136 nennah- und Fernverkehr zur Anbindung von Winsen, Lüneburg, Uelzen

137 und Celle, sowie Buchholz und Bremen muss stattfinden. Auch die Be-
138 standsstrecken Heidebahn, Amerikalinie und Co müssen ertüchtigt werden.

- 139 • Durchgangsverkehr vermeiden, Wirtschaftsverkehr stärken!

140 Die Metropolregion Hamburg ist eine der wirtschaftlich stärksten, aber auch
141 vielfältigsten Regionen Europas. Vom Apfelbauern bis hin zu Marktführern
142 im Bereich Künstliche Intelligenz ist hier alles vertreten. Diese Attraktivität
143 hat dazu geführt, dass in der Metropolregion mittlerweile 5,4 Mio. Men-
144 schen leben, kaum weniger als in Berlin Brandenburg. Der Unterschied je-
145 doch ist, dass diese Einwohner gleichmäßiger verteilt sind und nicht nur in
146 der Metropole selbst leben, sondern der Großteil, ca. 3,5 Mio. im Umland.
147 Um dieser Entwicklung im Bereich des Verkehrs Rechnung zu tragen, for-
148 dern die Freien Demokraten:

- 149 • Geplante Autobahn Projekte beschleunigen und Hamburger Autobahnring
150 schließen

151 Die A26 mit Hafenuerspange muss dringend gebaut werden, um Verkehre
152 im Hamburger Hafen besser zu vernetzen. Auch für den Lückenschluss der
153 A21 von Lüneburg an die A1, sowie die Vollendung von A39 und A14 set-
154 zen sich die Freien Demokraten ein und fordern den Senat zum Handeln
155 auf. Diese Projekte werden die Vernetzung der Metropolregion ineinander
156 und nach Außen verbessern. Den Ausbau und die Verlängerung der A20
157 unter der Elbe bis Bremerhaven begrüßen wir ausdrücklich. Im Hamburger
158 Norden sollte zusätzlich zur A20 eine Verbindung von B431, A23, B4, A7,
159 B432 und A1 erfolgen, die die Aufgabe einer nördlichen Ringschnellstraße
160 übernimmt. Auf allen Straßen fordern wir digitale Verkehrsbeeinflussungs-
161 anlagen, die mit Künstlicher Intelligenz Verkehrsströme lenken.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

114. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. A210205

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Housing first, Auflagen second: unfreiwillige Obdachlosigkeit beenden!

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Obdachlosigkeit bezeichnet eine Lebenslage, in der Menschen über keinen festen
2 Wohnsitz verfügen und im öffentlichen Raum, im Freien oder in Notunterkünften
3 übernachten. Alleine in Hamburg sind hiervon nach offiziellen Zahlen 2000 Men-
4 schen betroffen. Die Dunkelziffer dürfte um ein vielfaches höher sein. Dieser Zu-
5 stand ist für eines der wohlhabendsten Länder der Welt unhaltbar. Über Jahrzehn-
6 te haben sich die Menschen so sehr an den Anblick von Obdachlosigkeit gewöhnt,
7 dass sie schnell vergessen: Obdachlosigkeit ist nichts an das wir uns gewöhnen
8 dürfen. Das Leben auf der Straße ist ein menschenunwürdiger Zustand und mit
9 unserem Verständnis einer liberalen Gesellschaft unvereinbar. Deshalb fordern
10 wir Politiker:innen aller Parteien auf, Obdachlosigkeit nicht nur zu bekämpfen,
11 sondern zu beenden.

12

13 **Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung!**

14

15 Nicht zuletzt die Migrationsbewegung 2015 hat gezeigt: Dieses Land kann Prob-
16 leme lösen. Wenn sich die Gesellschaft auf ein Ziel verständigt und alle politi-
17 schen Ebenen auf dieses Ziel hinarbeiten, sind wir in der Lage, Großes zu leisten.
18 Wir brauchen eine solche Kraftanstrengung zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit.
19 Obdachlosigkeit ist kein unlösbares Problem, gemeinsam können wir Obdachlo-
20 sigkeit beenden.

21

22 Und so wollen wir es angehen:

23

24 **Entstigmatisierung:**

25 Eines der größten Probleme in diesem Zusammenhang ist die Stigmatisierung
26 wohnungsloser Menschen. Viel zu oft werden Obdachlose als ein Teil der Gesell-
27 schaft angesehen, der selbstverschuldet in die schwierige Lebenssituation hinein-
28 geraten ist. Nicht selten sind Obdachlose dabei als "faul" und "arbeitsunwillig" ver-
29 schrien. Diese Stigmatisierung trägt dazu bei, dass Obdachlose eine verminderte

30 Chance auf eine neue Wohnung oder Unterstützung der Gesellschaft haben. Da-
31 bei ist das Gegenteil der Fall. Wohnungslosigkeit ist kein Problem einer spezifi-
32 schen sozialen Schicht. Vielmehr zeigen Beobachtungen deutlich, dass sich das
33 Risiko von Wohnungslosigkeit durch die gesamte Gesellschaft zieht. Wir Freien
34 Demokraten setzen uns in aller Deutlichkeit dafür ein, obdachlose Menschen auf
35 dem Wohnungsmarkt nicht zu diskriminieren und unterstützen Projekte, die zur
36 Entstigmatisierung von Obdachlosigkeit beitragen. Dazu zählt für uns auch eine
37 breite gesellschaftliche Aufklärungskampagne in öffentlichen Einrichtungen wie
38 Schulen und weitere Maßnahmen, die dazu beitragen, Vorurteile gegenüber Ob-
39 dachlosen abzubauen.

40

41 **Housing First, Bedenken second:**

42

43 Das zentrale Element, mit dem Menschen aus der Obdachlosigkeit geholfen wer-
44 den kann, ist eine eigene Wohnung. Bei dem in Finnland erfolgreichen Housing
45 First Ansatz ist der erste Weg zur Hilfe ein fester Wohnsitz, den Obdachlose ohne
46 Vorbedingungen, außerhalb großer Unterkünfte und mit eigenem Mietvertrag er-
47 halten. Mit enger sozialer Betreuung erfolgen hieraufbauend weitere
48 Maßnahmen, etwa zur Jobsuche, oder - sofern notwendig - bei Einzugsprogram-
49 men. Statt Wohnen als Belohnung für erfolgreich absolvierte Maßnahmen entkop-
50 pelt Housing First Bewährungsmaßnahmen und Wohnraum. Erfahrungen aus ande-
51 ren Ländern zeigen, dass Obdachlosen mit Housing First langfristig geholfen und
52 ihnen die Selbstbestimmung über das eigene Leben zurückgegeben werden
53 kann. Wir wollen Housing First zum Standard machen. Nicht nur in Hamburg,
54 sondern in ganz Deutschland und perspektivisch in der ganzen EU.

55

56 **Ganzjährige Hilfe, statt Winternotprogramm:**

57

58 Wir sind der festen Überzeugung, dass obdachlose Menschen einen Anspruch auf
59 eine feste, geschützte Unterkunft haben. Diese Unterkunft ist im Idealfall ganztä-
60 glich und ganzjährig offen und bietet einer Bewohner:in nicht nur Privatsphäre, son-
61 dern auch sichere Verwahrmöglichkeiten für persönliche Gegenstände. Eigene
62 Tiere, insbesondere Hunde, mitzubringen, muss gestattet sein. Diese Tiere sind
63 beim Leben auf der Straße für viele eine treue Begleitung, von der diese sich nicht
64 treffen können. Das aktuelle Winternotprogramm der Stadt Hamburg erfüllt diese
65 Voraussetzungen nicht. Bis zur Implementierung von Housing First fordern wir
66 daher die Stadt Hamburg auf, das Winternotprogramm ganzjährig zu öffnen und

67 entsprechend der obenstehenden Punkte auszubauen. Das Leben auf der Straße
68 ist nicht nur im Winter gefährlich. Auch zu allen anderen Jahreszeiten benötigen
69 obdachlose Menschen Hilfe und Schutz. Diese muss die Stadt Hamburg Ihnen
70 bieten.

71

72 **Obdachlosenlotsen:**

73

74 Niemand kennt die Bedürfnisse von Menschen auf der Straße so gut, wie Men-
75 schen, die selbst dort gelebt haben, oder noch immer leben. Deshalb wollen wir
76 ehemalige und aktuelle Obdachlose als sog. Lotsen anstellen, die Obdachlose bei
77 Terminen, Behördengängen, Arztbesuchen, der Suche nach Unterkünften und
78 anderen Problemen unkompliziert helfen. Für die Lotsen selbst kann diese Aufga-
79 be ein erster Schritt zurück ins Berufsleben sein.

80

81 **Bürokratiefallen ausschalten:**

82

83 Wichtige Unterlagen gehen auf der Straße schnell verloren. Das erschwert Behör-
84 dengänge für Obdachlose. Beispielhaft steht dafür der Personalausweis, der zur
85 Beantragung vieler Leistungen benötigt wird, dessen ausstellen aber Geld kostet,
86 das Obdachlose oft nicht haben. Das in Hamburg-Mitte begonnen Pilotprojekt zu
87 kostenlosen Personalausweisen für Obdachlose muss in ganz Deutschland im-
88 plementiert werden.

89 Weil Dokumente oft fehlen, profitieren Obdachlose in besonderem Maße von digi-
90 talen Abläufen bei der Antragsstellung. Durch die Digitalisierung der behördlichen
91 Vorgänge, können bei den Ämtern begonnene Prozesse später, auch anderer
92 Stelle wiederaufgenommen werden, ohne das entsprechende Papiere vorgelegt
93 werden müssen. Die Digitalisierung solcher Prozesse muss auf allen Ebenen vo-
94 rangetrieben werden.

95

96 **Obdachlosigkeit vorbeugen:**

97

98 Im Idealfall kann Obdachlosigkeit verhindert werden, in dem bereits vor dem Ver-
99 lust des Wohnraums geholfen wird und die Obdachlosigkeit gar nicht erst entsteht.
100 Für eine bessere Prävention wollen wir den Zugang zum Wohngeld erleichtern
101 und Mediationsstellen mit geschultem Personal für eine bessere Vermittlung zwi-
102 schen Mietern und Vermietern einführen. Teilkompetenzen aus dem ordnungs-

103 rechtlichen, sozialrechtlichen und wohnungsmarktrechtlichen Bereich wollen wir
104 unter einem Dach zusammenführen.
105 In Hamburg wollen wir weg von einer Objekt- hin zu einer Subjektförderung. Statt
106 mit sozialem Wohnungsbau nur einzelne Wohnungen zu fördern, wollen wir mit
107 dem Wohngeld Menschen fördern. Während viele Menschen trotz Anspruch keine
108 Sozialwohnung bekommen und Glück oder Zufall über die Förderung entschei-
109 den, kann das Wohngeld von allen Menschen beantragt werden, die hierauf An-
110 spruch haben.
111 Langfristig sollen die meisten Sozialleistungen im liberalen Bürgergeld zusam-
112 mengefasst werden. Statt vieler verschiedener Stellen und Zuständigkeiten, sollen
113 Sozialleistungen einfach, transparent und unbürokratisch beantragbar sein. Nie-
114 mand sollte nur deshalb obdachlos werden, weil es zu kompliziert war Förderleis-
115 tungen abzurufen.

116

117 **Zusammenarbeit mit den EU-Staaten:**

118

119 Obdachlosigkeit ist kein nationales Problem, deshalb braucht es neben einer nati-
120 onalen Kraftanstrengung auch europäische Lösungen. Insbesondere muss die eu-
121 ropäische Integration weiter vorangetrieben werden. Die nationalen Behörden
122 müssen die Zusammenarbeit und Kommunikation untereinander verstärken, um
123 gemeinsam Lösungen für Obdachlose zu finden, die in einem anderen europäi-
124 schen Land auf der Straße leben. Die Bundesregierung soll sich auf europäischer
125 Ebene dafür einsetzen, dass Hilfsangebote für Obdachlose auch in anderen Län-
126 dern ausgebaut werden.

127 Vor dem Hintergrund der Mobilität von Obdachlosen nicht nur über europäische
128 Grenzen, sondern auch innerhalb Deutschland scheuen einige Kommunen und
129 Städte davor die Obdachlosenhilfe zu verstärken, um einen sogenannten Pull-
130 Effekt, also den Zuzug von Obdachlosen, zu verhindern. Für uns ist klar: Die
131 Angst vor einem Pull-Effekt darf keine Rechtfertigung sein, Hilfsmaßnahmen nicht
132 umzusetzen. Wir helfen lieber zu vielen Obdachlosen, als zu wenigen

Begründung:

Erfolgt mündlich.

114. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. A210206

Antragsteller:

Matthias Still, James Robert Blum, Peter Hawranke, Svenja Radloff, Ursula Cremerius, Marco Münch

Starke Kinder, starke Schulen – auch in Zeiten der Pandemie!

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Hamburger FDP fordert:
- 2 1. Die Maskenpflicht an allen Hamburger Schulen ist sofort abzuschaffen.
- 3 Studien belegen, dass gerade für Kinder in der Grundschule das Erfassen
- 4 von Mimik sowohl für das soziale Lernen als auch für den Spracherwerb
- 5 wichtig ist. Gleichzeitig ist der Anteil von Kindern am Infektionsgeschehen
- 6 gering. Der rot-grüne Senat muss deshalb dem Beispiel anderer Bundes-
- 7 länder folgen und die Maskenpflicht aufheben.
- 8 2. Die Befreiung von der Maskenpflicht durch ärztliches Attest ist bindend.
- 9 Schulen und Schulbehörde dürfen Kindern und Jugendlichen die Befreiung
- 10 nicht verweigern.
- 11 3. Das soziale Lernen im Klassenverband hat durch den Schul-Lockdown ge-
- 12 rade in der Grundschule sehr gelitten. Es soll deshalb langfristig gefördert
- 13 werden: An allen Schulen mit entsprechendem Förderbedarf, unabhängig
- 14 vom KES-Faktor und über die bestehenden Fördermaßnahmen („An-
- 15 schluss“) hinaus, die 2022 auslaufen.
- 16 4. Die Hamburger FDP lehnt die 2G-Regelungen des rot-grünen Senats ab.
- 17 Sie schafft Staatsbürgerinnen und -bürger 1. und 2. Klasse. So lange die
- 18 Regel aber in Kraft ist, darf der Bildungsweg von Schülerinnen und Schü-
- 19 lern dadurch nicht versperrt werden. Deshalb muss es entsprechende Aus-
- 20 nahmeregelungen, beispielsweise für Schulpraktika, geben.
- 21 5. Schulunterricht muss auch in Pandemiezeiten mit Präsenzgarantie durch-
- 22 geführt werden. Erfordert es die pandemische Lage, kann dies durch bauli-
- 23 che, technische und andere Maßnahmen (z. B. Einsatz von Trennscheiben,
- 24 Luftfilter an allen Schulen, Temperaturmessungen, Unterrichtseinheiten im
- 25 Freien) sichergestellt werden.
- 26 6. Wir wollen Lehrerinnen und Lehrer ermuntern, gesundheitliche Aufklärung
- 27 in ihren Schulunterricht zu integrieren. Dabei soll auch das Prinzip des
- 28 selbstverantwortlichen Umgangs mit der eigenen Gesundheit und deren

29 Stärkung (z. B. durch Sport, Bewegung, gesunde Ernährung) im Mittelpunkt
30 stehen.

Begründung:

Der Schul-Lockdown des rot-grünen Senats hat Hamburgs Schülerinnen und Schülern schwer geschadet. Das Schließen der Schulen war unverhältnismäßig, das politische Vorgehen des Senats unvorhersehbar. SPD und Grüne haben die Corona-Schutzmaßnahmen auf dem Rücken von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern durchgeführt.

Viele Kinder und Jugendliche sind in ihrer schulischen Bildung dramatisch in den Rückstand geraten. Der Lockdown hat den Unterschied zwischen lernstarken und lernschwachen Schülerinnen und Schülern verschärft. Wichtige Chancen für den sozialen Aufstieg wurden dadurch verspielt.

So etwas darf sich nicht wiederholen! Wir müssen intelligente Wege finden, den Schulbetrieb auch in Zeiten einer Pandemie sicher zu stellen – und damit Bildungs- und Integrationschancen zu ermöglichen.

114. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. A210207

Antragsteller:

Edith Lüthje, Dr. Bernd Lüthje

Präsenzmitgliederversammlung als Leitbild

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 die Präsenzmitgliederversammlung als Leitbild zu behalten und die digitale Mit-
- 2 gliederversammlung nur unter der Voraussetzung zuzulassen, dass dies aus
- 3 zwingenden gesetzlichen Gründen erforderlich ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

114. Landesparteitag der FDP Hamburg

Drs. A210208

Antragsteller:

Rüdiger Schmitz
Reinhard Moratz und der Vorstand des LFA 3
Andreas Moring
Ron Schumacher
Michael Kruse

KI-Wettbewerbe als Standortfaktoren in der Digitalisierungsoffensive nutzen: Von BundesChallenges bis BundesNet

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir wollen Wettbewerbe zu Künstlicher Intelligenz (KI-Challenges) und die Etab-
2 lierung öffentlicher Datensätze als Standortfaktoren und Förderinstrumente im
3 Rahmen der Digitalisierungsoffensive nutzen.

4
5 (1) Zu diesem Zweck soll z.B. die Agentur für Sprunginnovationen, die Deut-
6 sche Transfergesellschaft (DTG) oder eine entsprechende Stelle beauftragt
7 und befähigt werden, regelmäßig und in Zusammenarbeit mit wesentlichen
8 Stakeholdern Schwerpunktaufgaben aus den Bereichen künstliche Intelli-
9 genz zu definieren und dazu international sichtbare, öffentliche KI-
10 Wettbewerbe (sog. „**BundesChallenges**“) auszuschreiben.

11
12 (2) Für diese Schwerpunktaufgaben soll die genannte Stelle passende Da-
13 tensätze („**BundesNet**“-**Datensätze**) in Zusammenarbeit mit relevanten
14 Stakeholdern zusammenstellen und diese zunächst für BundesChallenges
15 zugänglich machen. Die BundesNet-Datensätze werden in der Folge konti-
16 nuierliche erweitert und weiterentwickelt.

17
18 (3) Der Bund soll die technische und logistische Infrastruktur zum Erstellen,
19 Kurieren und Bereitstellen der BundesNet-Datensätze entwickeln. Dedizier-
20 te, cloudbasierte Rechenzentren für das maschinelle Lernen und mit Zu-
21 gang zu BundesNet-Daten sollen nachhaltig und über den Wettbewerb hin-
22 aus das „rapid prototyping“ für wissenschaftliche, unternehmerische und
23 translationale Vorhaben auf den BundesNet-Daten ermöglichen.

24
25 (4) Die genannte Stelle soll in der Lage sein, die vielversprechendsten Einrei-
26 chungen der BundesChallenges und die dahinterstehenden Teams mit fle-

- 27 xiblen Anschlussförderung im Sinne wissenschaftlicher oder Startup-
28 Förderprogramme zu prämiieren sowie mit Zugang zu BundesNet-Daten
29 und -Rechenkapazitäten für das „rapid prototyping“ zu unterstützen.
30
31 (5) Die BundesNet-Datensätze und die logistische sowie technische Infrastruk-
32 tur sollen durch den Bund darüber hinaus genutzt werden
33
34 • als Ausgangspunkte für die Entwicklung und zur Förderung von großen
35 Sprachmodellen und „Large European AI Models“ (LEAM), sowie
36
37 • zur Etablierung von Benchmarking-Datensätzen für die Evaluierung
38 adaptiver Modelle sowie Hochrisiko- und kritische Anwendungen, je-
39 weils in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Stakeholdern (z.B. medizi-
40 nischen Fachverbänden bzw. Institutionen im Kontext der Klimaheraus-
41 forderung).

Begründung:

Künstliche Intelligenz (KI) als disruptives Zukunftsversprechen war nach jahrzehntelanger¹ und zwischenzeitlich gemächlicher Weiterentwicklung lange Jahre eher akademische Spielerei: Den Sprung zur Disruption brachte erst der Dreiklang aus schneller *Hardware*, *großen vorstrukturierte Datenmengen* – und *Aufmerksamkeit für vielversprechende Anwendungen der KI*.

Die Forderung zielt primär auf die Punkte Aufmerksamkeit und den Zugang zu großen frei verfügbaren Datenmengen. Breite Aufmerksamkeit haben z.B. die „Challenges“² von „RoboCup“ (Roboter-Fußball) über „ImageNet“ (Bilderkennung) bis „WMT 2014“ (Übersetzung) erreicht. Diese und die Veröffentlichung dazugehöriger Datensätze brachten zentrale technische Innovationen direkt oder in der Folge hervor.³ Die durch Challenges verfügbar und bekannt gemachten Datensät-

¹ Als ein erster technisch bedeutsamer Schritt zu „KI“ kann z.B. die folgende Arbeit aus den 1950er Jahren gelten: Rosenblatt F. The Perceptron. A Perceiving and Recognizing Automaton. Cornell Aeronautical Laboratory 1957: Technical Report 85-460-1.

² „Challenges“ bestehen typischerweise aus der Ausschreibung einer Aufgabe samt der Veröffentlichung eines passenden Datensatz und ggf. dem Ausloben eines Preises. Neben monetären Preisen umfassen letztere häufig das Angebot der Challenge-Organisatoren, mit den besten Teams gemeinsam eine wissenschaftliche Publikation über Fragestellung und Lösungsansätze zu verfassen.

³³³ So machte die „ImageNet“-Challenge als frühes und prominentestes Beispiel einen Katalog mit den Klassifikationen von Hunderttausenden Alltagsfotos frei verfügbar und ließ die wissenschaftliche Community um die beste Lösung für das Erkennen des dargestellten Objekts knobeln. Mehr noch als einen technischen Durchbruch demonstrierte diese Challenge einer breiten Öffentlichkeit erstmals das Potential von modernen KI-Methoden für das maschinellen Sehen – tatsächlich löste sie im Jahr 2012 aktuelle Welle der Begeisterung wesentlich mit aus. Der Datensatz der Challenge zum „Workshop on Statistical Machine Translation“ (WMT) von 2014 zeigte als Benchmark 2017 die Überlegenheit einer neu eingeführten Technik, die einen zentralen Durchbrüche bei (unter anderem) der ~~ausgewählten~~ ^{ausgewählten} Sprachverarbeitung und -produktion markierte (8)

zen wurden Ansatz- und Ausgangspunkte für Entwicklung, Prototypierung und Benchmarking – und definierten so Anwendungsfelder weit über ihre Dauer hinaus.⁴ Challenges und Challengedatensätze wurden das „*Agenda-Setting*“ der KI.

Mit *BundesChallenges* soll diese Kultur aufgegriffen werden, um die datengetriebene Industrie sichtbar zu machen, den Standort zu stärken und den Fokus auf dringliche Anwendungen zu lenken. Im Rahmen von *BundesChallenges* definiert eine benannte Stelle (z.B. angegliedert an die Agentur für Sprunginnovation oder eine Deutsche Transfergemeinschaft DTG) halbjährlich Schwerpunktaufgaben: Sei es das Erkennen einer Fahrsituation durch das Auto, das Erkennen von Covid-19 am Röntgenbild, die Diagnostik von Brustkrebs anhand der Gewebeprobe, die Prädiktion von Stromnetzauslastungen, globale Landbedeckungsdynamik im Kontext CO2-Reduktion & Zertifikatehandel oder eine Aufgabe der automatische Sprach- oder Textverarbeitung.

Für diese Schwerpunktaufgaben stellt die o.g. Stelle in Zusammenarbeit mit Industrie, Krankenhäusern, Fachgesellschaften und -verbänden sowie anderen Stakeholdern Datensätze zusammen (bzw. beauftragt diese und vergütet sie ggf. dafür). Der Bund stellt hierfür und für die weitere Verwendung technische und logistische Ressourcen zur Verfügung (z.B. zum Übertragen, Annotieren und Speichern der Daten). Die benannte Stelle nutzt die Datensätze, um **erstens** eine international sichtbare „KI-Challenge“ auszuschreiben. Neben Preisgeldern im engeren Sinne können dabei z.B. auch Anschlussförderungen und Gründerstipendien vergeben werden. Über die Challenge hinaus werden die Datensätze dann **zweitens** kontinuierliche weiterentwickelt und Industrie und Wissenschaft zum „rapid prototyping“ dauerhaft zur Verfügung gestellt (z.B. über eine DTG). Diese und dedizierte Hardwareressourcen für das „rapid prototyping“ dienen **drittens** als Ausgangspunkt für die Etablierung zentraler, cloudbasierter Rechenzentren und zur Förderung von Large European AI Models verwendet.⁵

BundesNet-Datensätze und die dazugehörigen *BundesChallenge*-Wettbewerbe erlauben: (i) die Lenkung der wissenschaftlichen und industriellen Aufmerksamkeit

und zur Grundlage aktueller großer Sprachmodelle wurde (9). Eine der bis heute bedeutsamsten Erfindungen zum automatischen Zerlegen von Bildern in semantisch bedeutsame Regionen („Segmentierung“) schaffte ihren Durchbruch unmittelbar als Sieger einer entsprechenden Challenge (10)

4 Innerhalb der Anwendung von KI-Methoden für die Analyse mikroskopischer Bilder („computational pathology“) sind z.B. Brustkrebs und Lymphknotenmetastasen ebenso durch Challenges zu Standardanwendungen geworden (CAMELYON-Challenge, BACH-Challenge) wie Hirntumore für die Analyse von Kopf-MRTs (BIRATS-Challenge).

5 KI-Bundesverband. Large European AI Models (LEAM). Positionspapier zum Aufbau großer europäischer KI-Modelle. Mai 2021.

auf bestimmte Fragestellungen -- insbesondere in kurzfristigerer sowie flexiblerer Weise und mit weniger "Overhead" als etablierte Wege der Forschungs- und Industrieförderung⁶; (ii) das Herstellen von Sichtbarkeit für die Bundesrepublik als Standort für KI; (iii) eine gezielte Industrie- und Startupförderung im Sinne der Entwicklung von entsprechenden Ökosystemen, z.B. auch durch das Vorhalten von erweiterten Versionen der Challenge-Datensätze für die heimische Industrie. Weitere Perspektiven schließen die (iv) Verbindung mit innovativen bildungspolitischen Konzepten ein (z.B. „Bundesolympiade KI“ nach den entsprechenden Wettbewerben für z.B. Musik oder Mathematik). Zuletzt erlaubt die für den Aufbau der Wettbewerbsdatensätze etablierte Infrastruktur die nahtlose Verwendung für (v) den Aufbau von Benchmarking-Datensätzen für Hochrisiko- und kritische Anwendungen⁷ sowie für (vi) die Entwicklung großer Sprach- und weiterer Modelle.

Insbesondere Challenges im Kontext von Medizin, Agrar-Robotik und CO₂-Einsparung sind verbindende Projekte zwischen Partnern unterschiedlicher politischer Herkunft.

6 Brökel T. Warum „mehr messen“ keine Lösung, sondern eher das Problem ist. Tagesspiegel Background Digitalisierung & KI 2021, <https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/warum-mehr-messen-keine-loesung-sondern-eher-das-problem-ist>

7 Nicht-öffentliche Datensätze für das Evaluieren industrieller Anwendungen können wiederum als Standortfaktor die Adaptation von KI in kritischen (z.B. medizinischen) Sektoren vereinfachen und als Standortfaktor für die Entwicklung adaptiver, d.h. nach Auslieferung selbstständig fortgesetzt lernender Systeme wirken, siehe z.B. [Schmitz R. KI in der Medizin: Regulierung als Chance. Tagesspiegel Background Digitalisierung & KI 2021, <https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/ki-in-der-medizin-regulierung-als-chance>] sowie (11)

(8) Vaswani A, Shazeer N, Parmar N, et al. 2020. Attention Is All You Need. *arXiv:1706.03762 [cs]*.

(9) Brown TB, Mann B, Ryder N, et al. 2020. Language Models are Few-Shot Learners. *arXiv:2005.14165 [cs]*.

(10) Ronneberger O, Fischer P, Brox T. U-Net: Convolutional Networks for Biomedical Image Segmentation Navab N, Hornegger J, Wells WM, et al., eds. Medical Image Computing and Computer-Assisted Intervention – MICCAI 2015 2015;9351:234–241.

(11) chmitz R, Werner R, Repici A, et al. Artificial intelligence in GI endoscopy: stumbling blocks, gold standards and the role of endoscopy societies. *Gut* 2021;gutjnl-2020-323115. Seite 23